

PRESSEMITTEILUNG

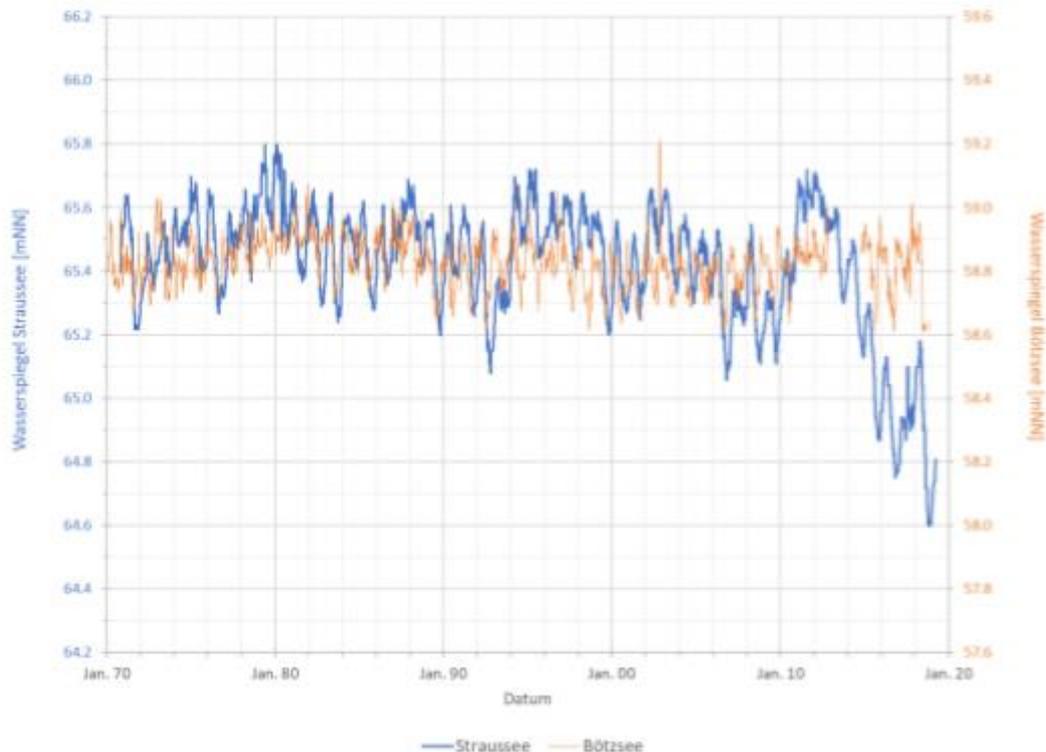
„WSE lehnt Gesprächsangebot der Bürgerinitiative ab“

Mit Schreiben vom 17.04.2019 erklärte Vorstandsvorsteher Haferkorn auf eine entsprechende schriftliche Anfrage der „Bürgerinitiative zur Erhaltung des Straussee“, dass er keine Veranlassung für das Gesprächsangebot der Bürgerinitiative sehe. Dieses Verhalten verwundert insofern nicht, da der Bürgerinitiative nunmehr weitere höchst brisante Fakten zur Grundwasserentnahme der Wasserfassung Spitzmühle (vormals Bötze) vorliegen:

- Die wasserrechtliche Genehmigung zur Grundwasserentnahme stammt noch aus DDR-Zeiten, nämlich aus dem Jahr 1976. Die EG-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL 2000), quasi als europäisches Wasser-Grundgesetz, wurde erst viele Jahre später im Jahre 2000 erlassen. Nach diesem Recht würde es heute kaum eine solche Genehmigung für die Grundwasserentnahme im Einzugsbereich des Wasserwerks Spitzmühle geben.
- Die Kapazitätsauslastung der zulässigen Höchstgrenzen betrug vor 2014 ca. 50%. Seit 2014 ist ein Anstieg der Auslastung auf knapp 100% der genehmigten Entnahmemenge zu verzeichnen.
- In den letzten 2 Jahren (2017 und 2018) wurden die Höchstgrenzen zur Trinkwasserentnahme mit 130.000 m³ bzw. 324.000 m³ sogar wesentlich überschritten. Im Jahr 2018 betrug damit die Überschreitung 9,9% der jährlich zulässigen Höchstmenge von 3.285.000 m³.

Die vorstehenden Aussagen bestätigte das Brandenburger Landesamt für Umwelt in seinem Schreiben vom 25.04.2019 auf eine entsprechende schriftliche Anfrage der Bürgerinitiative (vollständig nachzulesen auf www.erhaltet-den-straussee.de).

Stellt man diesen Aussagen und Fakten den Entwicklungen der Pegelstände der Straussees seit 2014 gegenüber, wundert es wohl nicht mehr, dass der WSE kein gesteigertes Gesprächsbedürfnis mit der Bürgerinitiative hat. (Die Untere Wasserbehörde des Landkreises -der Landrat ist übrigens die Aufsichtsbehörde des WSE- hat mit seinem Schreiben vom 16.04.2019 ebenso das Gesprächsangebot der Bürgerinitiative abgelehnt). Nunmehr erklärt sich auch die äußerst „selektive Informationspolitik“ des WSE ab 2014 (im Jahr 2013 wurde z.B. letztmalig der Geschäftsbericht des WSE veröffentlicht), welche von der Bürgerinitiative im kurz nach der Gründung verfassten Offenen Brief an die Strausberger Bürgermeisterin bereits kritisch hinterfragt wurde.



Diese Statistik stammt aus der Präsentation der Gutachterfirma für das neue Straussee-Gutachten „BDG Ecosax Dresden“ anlässlich der Informationsveranstaltung am 03.04.2019 in Strausberg und macht zumindest den zeitlichen Zusammenhang der Verdopplung der Trinkwasserentnahme mit dem drastischen Rückgang des Pegels des Straussees seit 2014 sichtbar. Interessant ist hier der nahezu über den gesamten Zeitraum gleichbleibende Pegel des benachbarten Bötzsees. Dies erklärt sich dadurch, dass der Bötzsee ein eher durch Oberflächenwasser gespeister See ist (was man diesen Winter deutlich an den Überflutungen des Bötzsees über den Fängersee wahrnehmen konnte). Der Straussee hingegen ist im Wesentlichen ein grundwassergespeister See, der im Winterhalbjahr 2018/19 sogar gem. der öffentlich zugänglichen Pegelstände an Wasser verloren hat.

Mit Blick auf den wieder einmal zu erwartenden heißen und trockenen Sommer sowie den in den Folgejahren weiter steigenden Trinkwasserbedarf stellt sich immer mehr die Frage:

Wie tief wird der Pegel unseres Straussees noch weiter sinken?

Unser Straussee läuft leer – unser Maß ist voll !!!

Die Bürgerinitiative wird die aktuelle Verweigerungshaltung des WSE nicht länger hinnehmen und die Einhaltung gesetzlicher Informations- und Beteiligungsrechte der Bürger (u.a. gem. EG-Wasserrahmenrichtlinie / WRRL 2000 und ISO-Norm 24510) nachdrücklich einfordern.

Es müssen endlich Konzepte auf den Tisch, die einerseits die Trinkwasserversorgung sicherstellen, andererseits jedoch nicht zu einer ökologischen Katastrophe führen.

Der Fachbeirat der Bürgerinitiative hat jedenfalls entsprechende Konzepte entwickelt. Leider interessiert das den WSE-Vorstand (bis jetzt) nicht.

Die Bürgerinitiative sieht nunmehr die Mitglieder des WSE, vertreten durch deren Bürgermeister, sowie den Landrat Märkisch Oderland als Aufsichtsbehörde des WSE in der Pflicht. Leider wurde in der Verbandssitzung des WSE am 20.03.2019 der Vorschlag der Bürgerinitiative zur Einberufung einer außerordentlichen Verbandssitzung abgelehnt, trotz der Demo an diesem Tag, als sich über 500 Strausbergerinnen und Strausberger dafür eingesetzt hatten. Die Medien berichteten damals von der größten Demonstration nach der Wende in Strausberg...

Auch beim WSE bedarf es einer Wende und zwar im Denken und im Handeln – es ist höchste Zeit! Die blauen Westen liegen bereit!

Strausberg, 03.05.2019

Frank Weber

Vorsitzender des Vorstandes Bürgerinitiative zur Erhaltung des Straussee e.V.